

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/101

Bonn, den 30. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Der Bundestag bekommt das Wort	67

Strukturen der Presse müssen überprüft werden

Von Fritz Säger, MdB

3	Druck auf Abgeordnete	22
---	-----------------------	----

Unzulässige Anmaßung - und die Antwort darauf

3	Sie reden nur von uns...	21
---	--------------------------	----

Von den DDR-Notstandsregelungen ist im Ostfernsehen nicht die Rede

4	Marschroute voller Widersprüche	47
---	---------------------------------	----

Spaniens Vertikalsyndikate pfeifen auf die Demokratie

Von unserem HB-1-Korrespondenten in Madrid

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

DGB zeigt Konsequenzen aus der "Frauen-Enquête" auf

Ehe- und Familienrecht wird öffentlich diskutiert

- Neuer Gesetzentwurf in der Sowjetunion -

Keine "Frauenpolitik" mehr ?

Kurzmeldungen

* * *

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Der Bundestag bekommt das Wort

Strukturen der Presse müssen überprüft werden

Von Fritz Sanger, MdB

Die beiden Kommissionen, die einmal auf Initiative des Bundestages von der Bundesregierung berufen wurden, um die Wettbewerbsverhältnisse zwischen Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen zu durchleuchten (Michel-Kommission) und die wirtschaftliche Lage der Presseunternehmen und die Folgen der Konzentration zu überprüfen (Günther-Kommission), haben ihre Arbeiten abgeschlossen. Die Berichte liegen vor oder werden in Kürze der Bundesregierung eingereicht werden. Diese hat zu dem bereits vorliegenden Bericht (Michel-Kommission) Stellung genommen und sie dem Bundestag mitgeteilt und sie wird - hoffentlich noch vor der Sommerpause - sich zu dem noch nicht vorgelegten Abschlußbericht der Günther-Kommission ebenso zu äußern wünschen. Dann wird es am Bundestag sein, die Ergebnisse dieser zum Teil jahrelangen Arbeit so auszuwerten, daß die Zeitungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland mit größerer Sicherheit als bisher und weniger abhängig von wirtschaftlichen Flaute oder Rezessionen ihre wichtige Aufgabe der Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften ungestört erfüllen können.

Mit allgemeinen Beteuerungen ist es dann aber nicht mehr getan. Subventionen sollten nicht ins Auge gefaßt werden und werden auch nicht erwartet. Um dies auch gleich hinzuzufügen: An Eigentumsengpässe denkt niemand. Aber an eine geordnete und wirtschaftlich gesunde Struktur der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage muß gedacht werden und an ihr sind nicht nur die Zeitungsleute selbst interessiert, sondern vor allem auch die Staatsbürger. Für sie werden die Zeitungen geschrieben und Nachrichten und Meinungen in Freiheit gesammelt und ausgesprochen; für sie ist das Grundrecht der Pressefreiheit zu schützen und zu pflegen.

Die Offenlegung der Eigentumsverhältnisse in jeder Ausgabe jeder Zeitung wird eine der einfachsten Voraussetzungen zur Orientierung des Lesers darüber sein, mit wem er es zu tun hat, wenn er ein Blatt in die Hand nimmt. Quellenangaben sind auch bei Übernahme fremder Zeitungsseiten erforderlich. Danach wird es für die gesetzgeberische Ab-

beit des Parlamentes schwieriger werden: Kann und soll der Markt der Zeitungen und Zeitschriften vor Übermächtigen geschützt werden und wie kann das geschehen? Das ist eine der entscheidenden Fragen, deren Beantwortung das Kartellgesetz und das Wettbewerbsrecht berühren und eine Reihe von grundsätzlichen Erörterungen notwendig machen wird. Wann wird eine Zeitung marktbeherrschend oder so stark auf dem Markt, daß sie Aufmerksamkeit erzwingt und Maßnahmen eingeleitet werden müßten? Vorschläge mit genauen Zahlenangaben werden von der Günther-Kommission gemacht.

Die Bundesregierung hat sich, wenn man ihre Stellungnahme zu dem Vorbericht dieser Kommission heranzieht, bisher nur zurückhaltend geäußert und gab nicht zu erkennen, daß sie ein Eingreifen für nötig hält. Aber wenn ein einziger Verlag bereits 39 und mehr Prozent der Gesamtauflage deutscher Tageszeitungen herausbringt, ist doch wohl eine Lage erreicht, die nicht nur "mit ernster Besorgnis betrachtet" werden kann. Und wenn von den etwa 580 Stadt- und Landkreisen in der Bundesrepublik heute in über 230 die Bürger nur noch eine Tageszeitung angeboten bekommen, dann wäre etwas für die Verbesserung des Zeitungsvertriebs zu tun, und in diesem Zusammenhang sind auch - nicht nur - die Postgebühren in die Prüfung einzubeziehen. Insgesamt: Die wirtschaftlichen und die technischen Bedingungen für die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften haben Allgemeininteresse gewonnen und müssen vom Bundestag unter voller Wahrung der Unabhängigkeit der Verlage gesichert werden - um der Unabhängigkeit willen.

Das gleiche Motiv ist für eine Aufgabe gegeben, die seit mehr als vier Jahrzehnten unge löst geblieben ist: Die Position der Redaktionen in einem Zeitungsunternehmen muß so geordnet werden, daß kommerzielle Erwägungen die Unabhängigkeit der Redakteure und die Objektivität ihrer Arbeit nicht beeinträchtigen, nicht einmal tangieren. Diese Regelung, die wohl am klarsten durch ein Journalistengesetz getroffen werden kann, ist für Bund und Länder ohne finanzielle Belastungen möglich und sollte auch deshalb alsbald in Angriff genommen werden. Ob Bund oder Land zuständig sind - wichtig ist allein, daß nicht nur der Grundsatz der Freiheit der Information und Meinungsäußerung gepriesen wird, sondern, daß die Wirklichkeit seine Anwendung jederzeit und jedermann erlaubt.

Druck auf Abgeordnete

Unzulässige Anmaßung - und die Antwort darauf

sp - Viele Abgeordnete der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sahen sich in den letzten Wochen mannigfachen Belästigungen und Pressionen ausgesetzt, weil sie die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung bejahen und sich nicht dem Druck der Straße fügen. Man warf ihnen sogar Verrat an den Beschlüssen des Nürnberger SPD-Parteitag vor, als ob es Sache eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe wäre, darüber zu befinden. Diese recht eigenartige und einseitige Interpretation der Parteitagsbeschlüsse war verbunden mit der Drohung, daß jene Abgeordneten, die für die Notstandsgesetzgebung stimmten, nicht mehr mit der Wiederaufstellung als Kandidaten für die nächste Bundestagswahl rechnen können.

Auf diese unverschämte Drohung gab der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ludwig Metzger im "Darmstädter Echo" die einzig mögliche Antwort. Metzger sagte dazu: "Wer den Abgeordneten droht, sie nicht mehr in das Parlament oder in ein anderes Amt zu wählen, wenn sie nicht seinen Willen tun, handelt höchst gefährlich. Wer von einem Abgeordneten erwartet, daß er gegen seine Überzeugung entscheidet, weil er einen persönlichen Nachteil befürchten muß, kann unmöglich einen Politiker wollen, der seinem Gewissen verantwortlich ist. Marionetten aber, die einem wie auch immer gearteten Druck nachgeben, um sich Unannehmlichkeiten oder auch mehr zu ersparen, sind immer die besten Mitläufer der Diktatur gewesen..."

+ + +

Sie reden nur von uns...

Von den DDR-Notstandsregelungen ist im Ostfernsehen nicht die Rede

sp - Das Ostberliner Fernsehen hat am 28. Mai den SPD-Pressedienst mit dieser Meldung zitiert: "Der Sozialdemokratische Pressedienst hebt hervor, die SP-Führung sei schon vor mehr als 20 Jahren für eine Notstandsgesetzgebung eingetreten." - Die Nachrichtenredakteure bezogen sich auf unseren Beitrag vom gleichen Tag, in dem schlüssig nachgewiesen wurde, daß die prinzipielle Bejahung einer Vorsorge für Notzeiten nichts mit der Großen Koalition zu tun haben könne, nachdem beispielsweise der Parteivorstand der SPD sich schon im März 1947, also vor 21 Jahren, für eine Regelung ausgesprochen habe, die es dem Parlament nicht gestattet, "sich der politischen Verantwortung zu entziehen".

Wir wissen: Es ist sinnlos, sich darüber beschweren zu wollen, daß das Ostfernsehen den entscheidenden Satz von der politischen Verantwortung des Parlaments unterschlagen hat. Und noch sinnloser ist es natürlich, Klage darüber zu führen, daß das Ostfernsehen nicht auch den SPD-Pressedienst vom Vortage, vom 27. Mai, zitiert hat. Denn an diesem Tag hatten wir Auszüge aus den perfekten Notstandsregelungen im anderen Teil Deutschlands veröffentlicht, die die Volkskammer in einem Rekordtempo durchpeitschte, obwohl sie sich damit selbst ausschaltete. - Da hier wie drüben von Nachrichtenmanipulation aber soviel gesprochen und geschrieben wird, wollten wir auf diese Art von Nachrichtenpolitik wenigstens am Rande aufmerksam machen...

Marschroute voller Widersprüche

Spaniens Vertikalsyndikate pfeifen auf die Demokratie

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

"Was man im Ausland sagt, ist mir egal", formulierte der spanische Syndikatsfunktionär Garcia Valdés in Tarragona beim jüngsten 4. Kongreß der spanischen Syndikatsorganisation, die sich entschloß, den Weg nach Europa nicht zu beschreiten und die überlebten autoritären Formen der vergangenen 30 Jahre auch in die Zukunft zu retten. Die 600 Delegierten des Kongresses erteilten der Demokratisierung eine Absage und beschwerten damit einen innenpolitischen Konflikt herauf, der Spanien leicht zu einem Krisenpunkt am Südwestzipfel Europas machen kann.

Die "Leute von der Basis" wollten die Demokratisierung, die Syndikatschefs und die ihnen ergebene Mehrheit der Delegierten des Kongresses sagten "Nein". Auch künftig wird der Staat die Syndikatsorganisation dirigieren, die ihren Vorsitzenden weiterhin vom Staatschef ernennen lassen muß. Wer sich einen Eindruck von der Delegiertenmehrheit verschaffen will, sei auf Mariano Lazo verwiesen, seines Zeichens Vizepräsident des Syndikats-Arbeiterrates: "Ich bin kein Anhänger der freien Wahl, denn diese wäre abscheulich für die Nation." In diesem Tenor ging es weiter, die überfälligen Reformen unterbleiben, demokratisch gewählte Syndikatsvertreter können weiterhin willkürlich abgesetzt werden, wenn das Ständeparlament aufgrund der Beschlüsse von Tarragona noch in diesem Sommer ein neues Syndikatsgesetz verabschiedet wird. Wie bisher, wird es keine organisatorische Trennung von Arbeitnehmern und Unternehmern geben.

Die "einfachen Leute" kurren wie Eduardo Manzano, der Arbeitervertreter der rebellischen spanischen Basken-Provinz Guipúzcoa. Er ärgerte sich in Tarragona darüber, daß der Kongreß das Hauptthema, die Schlichtung von Arbeitskonflikten, aus Zeitmangel ausgeklammert hatte. Syndikatschef und Falange-Minister José Solís-Ruiz mußte zugeben, daß die Arbeiterschaft an der Syndikatsorganisation sehr viel auszusetzen hat. Die Honoratioren, die noch an den Schalthebeln des Syndikatsapparats sitzen, sind Altkämpfer, deren Vorstellungen noch dem Bürgerkriegs-Rötkönowhaftet erscheinen. Der Generationenwechsel in der Syndikatsorganisation mag hier auf lange Sicht Wandel schaffen. Die Jungfalangisten, die sich um die Madrider Zeitung "Diario SP" scharen, warfen den Altvorderen offen den Fehdehandschuh hin und verlangten eine wirksame Vertretung der Arbeitnehmerinteressen sowie die Bildung eines "legalen und echten Arbeiter-Gewerkschaftsbundes". Die Leiter der illegalen "Parallelgewerkschaften", fand die Zeitung, sollten eigentlich in Tarragona sitzen und nicht im Madrider Gefängnis Carabanchel - dies wäre für Spaniens Zukunft besser.

Die "Jungtürken" der Falange mögen gegen die herrschende Syndikatsorganisation wettern, das Ausland mag sich, wie ein Funktionär sagte, "die Mäuler zerreißen" - ändern wird sich nichts Wesentliches. Die Honoratioren vernauerten wieder einmal den Weg nach Europa wie so oft seit Anfang 1967. Was bleibt, ist die Hoffnung auf den fälligen Generationenwechsel in Spanien, denn die jungen Leute, gleich welcher politischen Couleur, denken europäischer als ein Großteil der gegenwärtigen Führungsgarnitur.